

Schnellrecherche der SFH-Länderanalyse vom 14. Oktober 2016 zu Sri Lanka: Nordprovinz: Militärpräsenz, Überwachung, Folter, Situation von Frauen und von Angehörigen von Verschwundenen

Fragen an die SFH-Länderanalyse:

- Werden Angehörige der tamilischen Zivilbevölkerung im Norden Sri Lankas einschliesslich der Region Vanni und insbesondere des Distrikts Kilinochchi weiterhin durch staatliche Sicherheitskräfte (Militär, Geheimdienst) überwacht und gibt es Berichte von Folter, insbesondere auch gegen Rückkehrende?
- Gibt es Berichte, dass tamilische Frauen im Vanni einschliesslich des Distrikts Kilinochchi, spezifischen Risiken ausgesetzt sind, wie zum Beispiel sexueller Gewalt durch Sicherheitskräfte?
- Wie ist die Situation von Angehörigen – insbesondere tamilischer Frauen – «verschwundener» Personen?

Die Informationen beruhen auf einer zeitlich begrenzten Recherche (Schnellrecherche) in öffentlich zugänglichen Dokumenten, die uns derzeit zur Verfügung stehen.

1 Militärpräsenz im Norden und Osten

Weiterhin starke Militärpräsenz im Norden und Osten, zivile Kontrolle über Militär und Geheimdienst nicht gesichert, bisher keine Verfolgung von in der Vergangenheit begangenen schweren Menschenrechtsverletzungen. Laut einem Bericht des *Staatssekretariats für Migration* (SEM) vom 5. Juli 2016 war die Armee Anfang 2016 in der Nordprovinz einschliesslich Vanni immer noch signifikant und gut sichtbar durch Armeebasen und -camps präsent. Auch im Bericht von *Sri Lanka Brief* vom 10. September 2016 wird darauf hingewiesen, dass eine «einschüchternd» grosse Zahl von Militärlagern die Landschaft im Norden und Osten des Landes entlang den Hauptstrassen dominiere. In den Dörfern seien die Armee-camps kleiner, aber gleichsam sichtbar. Gemäss einem Bericht des *UN-Menschenrechtsrats* (HRC) vom 28. Juni 2016 bleibt das Militär im Norden und Osten Sri Lankas weiterhin sehr stark präsent, wenn auch weniger offen als unter der Regierung des vormaligen Präsidenten Mahinda Rajapaksa, wie die *International Crisis Group* (ICG) (16. Mai 2016) und *Sri Lanka Brief* (10. September 2016) schreiben. Zwar greift das Militär laut ICG nun weniger direkt und aggressiv in zivile Angelegenheiten ein, aber seine grundlegende Rolle im Norden und Osten habe sich nicht geändert. Nach Angaben von *Sri Lanka Brief* vom 10. September 2016 ist das Militär weiterhin in zivile Angelegenheiten involviert. So würden sie zum Beispiel Vorschulen betreiben und sind an Sportanlässen beteiligt. Es gibt laut ICG Befürchtungen, dass zumindest ein Teil des nationalen Sicherheitsapparats unabhängig von der zivilen Führung handeln könnte. Die Regierung hat es laut HRC und ICG bisher nicht geschafft, das Militär und den Geheimdienst unter volle zivile Kontrolle zu bringen. Die Regierung hat gemäss HRC grosse Schwierigkeiten, die Einheiten und Strukturen zu zerschlagen, die schwerer Menschenrechtsverletzungen in der Vergangenheit verdächtigt werden. Gemäss ICG scheint sich die

Weyermannsstrasse 10
Postfach 8154
CH-3001 Bern

T++41 31 370 75 75
F++41 31 370 75 00

info@fluechtlingshilfe.ch
www.fluechtlingshilfe.ch

Spendenkonto
PC 30-1085-7



Regierung im Gegenteil darauf zu konzentrieren, dem Militär deutlich zu machen, dass seine Interessen respektiert werden und dies möglicherweise sogar durch Versprechungen von Straflosigkeit. Präsident Maithripala Sirisena sowie hohe Regierungsvertreter schaffen es offenbar nicht, das Militär zum Respektieren von Massnahmen bezüglich Land, dem Umgang mit Inhaftierten sowie ersten Schritten zum Ablegen von Rechenschaft zu bewegen. Dies könnte laut ICG eine gefährliche Präzedenzwirkung haben, die umso schwieriger rückgängig gemacht werden kann, je mehr Zeit vergeht.

Sri Lanka Brief, 10. September 2016:

«The military presence in the North and East has been reduced in public and the military is - more or less - confined to the camps. Military camps of intimidating enormity dominate the landscape along the main roads. In the villages, camps are smaller in size but equally noticeable, unlike in the South of the country. A number of former LTTE camps in villages have been converted to military camps. The military continues to be engaged in civilian activities: for example, they run pre-schools; they are involved in sports events» Quelle: Sri Lanka Brief, Sri Lanka Briefing Notes, Issue No 12, 10. September 2016, S. 4: <http://srilankabrief.org/wp-content/uploads/2016/09/Sri-Lanka-Briefing-Note-No-12-Sep-2016.pdf>.

SEM, 5. Juli 2016:

«Anfang 2016 gab es in der Nordprovinz immer noch eine signifikante und gute sichtbare Armeepräsenz. Armeebasen säumten die Strassen im ehemaligen Konfliktgebiet im Vanni. (...) Im nördlichen Teil der Ostprovinz waren im Februar 2016, wie im Vanni, noch zahlreiche Armeecamps unterschiedlicher Grösse zu sehen.» Quelle: Staatssekretariats für Migration (SEM), Focus Sri Lanka: Lagebild, 5. Juli 2016, Version 16. August 2016, S. 17: www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslander/asien-nah-ost/lka/LKA-lagebild-2016-d.pdf.

HRC, 28. Juni 2016:

«16. These continuing concerns point to a deeper challenge for the Government in asserting full civilian control over the military and intelligence establishment and dismantling the units and structures allegedly responsible for grave violations in the past.» Quelle: UN Human Rights Council (HRC), Promoting reconciliation, accountability and human rights in Sri Lanka [A/HRC/32/CRP.4], 28. Juni 2016, S. 5: www.ecoi.net/file_upload/1930_1470824678_a-hrc-32-crp-4-en.doc.

ICG, 18. Mai 2016:

«While the military's physical presence in the north and east is less overt, and it interferes less directly and aggressively in civilian affairs than under the Rajapaksas, there has been no fundamental change in its role there: (...)

While there is no evidence these have civilian leaders' sanction, they raise fears that at least part of the national security apparatus may be acting independently.

In this context, the continued increase in the military budget in 2016, which otherwise might be justified as a way to win acceptance for reforms, is worrying. Except for statements made to or in the UNHRC context, there is no evidence the senior political leadership is sending clear messages to military leaders and the police to end abuses and begin planning for major restructuring. Diplomats and UN officials report little knowledge in the military about transitional justice and no sustained attempt by senior civilians to win its support for institutional reform and accountability. Instead, the government appears focused on reassuring the military its interests will be respected. Reports of a secret meeting between Sirisena and army commanders in charge of the civil war's final phase have fed widespread worries they received assurances of non-prosecution. "The government is handling the army with kid gloves", explained a journalist. "Yes, they are scared of them, but they're also worried they'll alienate voters if they bring the army to account". Said a politically connected lawyer, "if Sirisena is not able to tell the SLFP to piss off, how do you expect him to handle the military"?

The failure of the president, prime minister and other senior officials to insist the military comply with policy on land, detainees and first steps to accountability risks a dangerous precedent that will be harder to reverse the more time passes. It will make it difficult to achieve even the modest accountability for wartime abuses the government plans and to implement transitional justice mechanisms.» Quelle: International Crisis Group (ICG), Jumpstarting the Reform Process, 18. Mai 2016, S. 17-18:

www.ecoi.net/file_upload/1002_1464083543_278-sri-lanka-jumpstarting-the-reform-process.pdf.

2 Überwachung

Überwachung, Einschüchterungen und Drangsalierungen dauern an, weiterhin gibt es Festnahmen unter dem *Prevention of Terrorism Act*, Überwachungsstrukturen bisher nicht abgebaut. Laut *UN-Menschenrechtsrat* HRC (28. Juni 2016) herrscht im Norden und Osten eine «Kultur der Überwachung», und in einigen Fällen dauern Einschüchterungen und Drangsalierungen fort. Ehemalige Gefangene, die nach ihrer Rehabilitierung freigelassen wurden sowie zivilgesellschaftliche Gruppen zur Unterstützung von Opfern sehen sich weiterhin regelmässigen Sicherheitskontrollen und Befragungen über ihre Arbeit ausgesetzt. Der *Prevention of Terrorism Act* ist trotz gegenteiliger Versprechungen der Regierung weiterhin in Kraft. In den Jahren 2015 und 2016 führte die Regierung mehr als 40 Verhaftungen unter diesem Gesetz durch. Gemäss Shreen Saroor, einer von *Sri Lanka Brief* (10. Juni 2016) zitierten Menschenrechtsaktivistin, seien die Überwachungsstrukturen (CID, TID, Military CID, Police CID und Spezialuntersuchungseinheiten), die dem Sekretariat des Präsidenten und einigen Ministerien angegliedert waren, bisher nicht abgebaut worden. Sie seien unter der vormaligen Rajapaksa-Regierung sehr mächtig gewesen und verfügten weiterhin über sehr viele Informationen über Aktivistinnen und Aktivisten.

Die *International Crisis Group* (ICG) berichtet (18. Mai 2016), die Überwachung durch Militär und Polizei sei zwar weniger aggressiv, aber andauernd und einschüchternd.

Auch das *US Department of State* (USDOS) gibt an (13. April 2016), die Überwachung besonders im Norden und Osten dauere fort. Angehörige der Sicherheitsdienste führten Hausdurchsuchungen durch und überwachten Privatpersonen mit nur wenig gerichtlicher Aufsicht. Überwacht worden seien auch E-Mails, SMS und andere digitale Kommunikationskanäle von Privatpersonen. Ausserdem besuchten sie die Zivilgesellschaft vertretende Einzelpersonen und Gruppen dieser Regionen. Häufiger seien es Polizeiangehörige und weniger oft Militärangehörige, die zivilgesellschaftliche Weiterbildungen oder Workshops ohne Einladung besuchten, besonders wenn diese sich unter anderem mit den Menschenrechten, *transitional justice* oder Medienfreiheit beschäftigten. Sie fotografierten und filmten offen Protestierende und Angehörige von Opfern, befragten Organisatoren und besuchten diese regelmässig in ihren privaten Wohnungen oder Häusern. Laut dem Menschenrechtsaktivisten Ruki Fernando (*Sri Lanka Brief*, 10. Juni 2016) dauern Einschüchterungen und Überwachungen weiter an, besonders im Norden und Osten. Zwar seien diese im Vergleich zur Ära der Rajapaksa-Regierung weniger geworden, aber es sei sehr beunruhigend, dass auch 16 Monate nach Amtseinführung der neuen Regierung solche Einschüchterungen weiter stattfinden. Das Versprechen, das Militär aus zivilen Angelegenheiten herauszuhalten und seine Rolle in zivilen Angelegenheiten zu beenden, sei überhaupt nicht umgesetzt worden. Die Regierung habe bisher keinen Plan für einen solchen Prozess präsentiert.

HRC, 28. Juni 2016:

*«15. This situation is compounded by the **Government's continued reliance on the PTA to make new arrests, despite its commitment to repeal the law. According to reports, the Government has made more than 40 new PTA arrests in 2015-16, including more than 25 in March-April 2016 during a security operation after the discovery of an explosives cache in Jaffna. The manner in which some of these arrests reportedly took place, in an arbitrary manner and without following proper legal procedure, have led some to compare them to the infamous "white van" abductions/disappearances of the past. While there are clear differences (all those arrested reappeared in detention in matter of hours), such cases strike fear in the community and undermine confidence in the Government's efforts to restore the rule of law and criminal procedures in accordance with the law and international standards. The Special Rapporteur on torture also highlighted at the end of his visit recurring allegations of torture and ill-treatment of security detainees, albeit with less frequency and severity than the past. (...)***

Despite welcomed steps towards demilitarization, such as the removal of checkpoints, the military presence in the north and east remains heavy and a culture of surveillance and, in certain instances, intimidation and harassment persists. Former detainees released after rehabilitation and civil society groups working with victims continue to face regular security checks and questioning about their work. »

Quelle: UN Human Rights Council (HRC), Promoting reconciliation, accountability and human rights in Sri Lanka [A/HRC/32/CRP.4], 28. Juni 2016, S. 5:
www.ecoi.net/file_upload/1930_1470824678_a-hrc-32-crp-4-en.doc.

Sri Lanka Brief, 10. Juni 2016:

«*RUKI FERNANDO: THE MILITARY VERY MUCH MEDDLE IN THE CIVILIAN LIFE*

‘Unfortunately, there are still intimidations and surveillance going on. We had reports of intelligence officers visiting NGO offices uninvited and even requesting personal information of staff members. Such incidents are much more alarming in the North and East and happen on a very regular basis. For example, in the week leading up to the end of war commemorations in mid-May, a government accredited foreign journalist was obstructed by the military from filming in public places. Of course, the intensity of these intimidations appear to be much less than during the Rajapaksa years but it is still very disturbing that even after 16 months of this government such intimidations continue to happen. [...]

The commitment to remove the military out of civilian activities has not been implemented at all. The military continues to engage in running preschools, farms, restaurants, hotels, civilian airlines to Jaffna, boat services etc. All these activities can be phased out gradually. 15 months would have been more than enough to start such a process if there was a political will. The Government has not come up with any plan for such a phasing-out process.’

SHREEN ABDUL SAROOR: ALL SURVEILLANCE STRUCTURES REMAINS INTACT

‘I have not seen any downgrading of the surveillance structures: CID, TID, Military CID, Police CID and special investigating units used to be attached to the Presidential Secretariat and some other government ministries. I do not know whether the Government is looking at these structures systematically and has reassigned the officers [linked to these structures] to other tasks. These officers were so powerful under the Rajapaksa regime and they know almost all information of the activists, including their personal information and history. They [these officers] have been living in that space for long, it may be difficult for them to get out. For people like us who are upper class and elite based in Colombo, security surveillance is very much less. I can even confront the security and intelligence officers now. Previously, I was scared to go to my office as I became a security threat to my staff because of the surveillance upon me. My staff is still scared though. Now the three wheelers that were parked in front of our office to eavesdrop have vanished. But when we organise workshops or protests, intelligence officers come and inquire about who is organising, why we are organising, who is participating etc. Activists are followed constantly in the North. The police should be the only institution that keeps and is responsible for law and order in the North, just like in any other area of the country.’

The above quotes show that surveillance and intimidation of activists have reduced but still take place on a regular basis. Surveillance structures remain intact and the failure of the government to effectively address demilitarisation is hampering the reconciliation process.» Quelle: Sri Lanka Brief, Sri Lanka Briefing Notes, Issue No 11, 10. Juni 2016, S. 8: <http://srilankabrief.org/wp-content/uploads/2016/06/Briefing-Note-Sri-Lanka-No-11-HRC32.pdf>.

ICG, 18. Mai 2016:

«(...) **military and police surveillance, while less aggressive, remains active and often intimidating.** A human rights activist reported being questioned about why he was “working against the government” after release of a report (...)» Quelle: International Crisis Group (ICG), Jumpstarting the Reform Process, 18. Mai 2016, S. 17-18: www.ecoi.net/file_upload/1002_1464083543_278-sri-lanka-jumpstarting-the-reform-process.pdf.

USDOS, 13. April 2016:

«**In the east and north, military intelligence and other security personnel, sometimes allegedly working with paramilitary groups, were responsible for the documented and undocumented detention of civilians accused of LTTE connections. Observers reported that interrogation sometimes included mistreatment or torture following detention. There were reports that authorities released detainees with a warning not to reveal information about their arrest or detention, under the threats of re-arrest or death.** (...)»

The law provides for the right to privacy, but the government infringed on this right, particularly when conducting surveillance operations in predominantly Tamil neighborhoods. Security forces conducted searches of property and engaged in widespread surveillance of private citizens with little judicial oversight. This included nonspecific reports of surveillance of private citizens’ e-mail, telephone messaging, and other digital communications. (...)»

A significant level of surveillance continued, particularly in the country’s north and east. Plainclothes personnel belonging to the state’s security apparatus visited civil society individuals and groups from these regions. According to civil society, such personnel, frequently deputed from the police and less frequently military officers, attended civil society organizations’ training sessions or workshops uninvited, particularly when these programs dealt with human rights, transitional justice, and media freedom, among other issues. They openly took photographs and footage of protesters and victims’ families, questioned event organizers, and regularly made follow-up visits directly to their homes.» Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2015 - Sri Lanka, 13. April 2016: www.ecoi.net/local_link/322460/461937_de.html.

3 Misshandlungen und Folter

Folter als übliche Verhörmethode von Militär und Polizei, Hierarchie und Operationsweise der Sicherheitskräfte bleiben die gleichen wie vor dem Machtwechsel 2015, Tamilinnen und Tamilen oft schwereren Formen von Folter ausgesetzt. Der SEM-Bericht vom 5. Juli 2016 zitiert den UN-Sonderberichterstatter über Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung. Dieser schrieb im Mai 2016, er sei überzeugt, Folter sei bei regulären Untersuchungen in einer grossen Mehrheit der Fälle, die durch das *Criminal Investigation Department* (CID) der Polizei durchgeführt werden, gang und gäbe. Weiter verweist der SEM-Bericht auf eine Studie des *International Truth & Justice Project Sri Lanka* (ITJP) vom Januar 2016, die über

20 Fälle von Folter im Jahr 2015 berichtet. Die Täter seien unbekannt. Es seien aber die Taten einer «gut organisierten Maschine, die weiterhin innerhalb der sri-lankischen Polizei und dem Militär gedeihe, angetrieben durch Erpressung». Weitere im SEM-Bericht zitierte Expertinnen und Experten gingen ebenfalls davon aus, dass «Folter in Sri Lanka ein Teil des Systems» sei; der SEM-Bericht verweist in diesem Zusammenhang auf die «Militarisierung der mehrheitlich tamilischen Bezirke wie auch die Hierarchie der Sicherheitskräfte und deren Art zu operieren», die «nach dem Machtwechsel 2015 unverändert geblieben» seien. Auch gemäss einem im SEM-Bericht zitierten sri-lankischen Menschenrechtsaktivisten bleiben Misshandlungen und Folter durch die Polizei systematisch, auch wenn ihre Zahl in den letzten Monaten abgenommen habe. Zwar seien nicht nur Tamilinnen und Tamilen betroffen, diese seien jedoch in der Vergangenheit oft schwereren Formen von Folter ausgesetzt gewesen.

Vergewaltigung und sexueller Missbrauch als Foltermethode, die zur Bestrafung und Erniedrigung des Opfers für lange Zeit führt. Gemäss dem im SEM-Bericht zitierten Bericht von ITJP gehören Vergewaltigung und sexueller Missbrauch weiterhin zu den gängigen Foltermethoden. Der SEM-Bericht zitiert weitere Quellen, laut denen «sexueller Missbrauch [...] zur Bestrafung und zur Erniedrigung des Opfers lange über den Akt der Folter hinaus [führe]. Es gehe darum, das Sozialleben der Opfer auf lange Zeit hinaus zu stören.»

Misshandlungen und Folter durch die Polizei bei Verhaftungen unter dem *Prevention of Terrorism Act*. Gemäss dem SEM-Bericht sind unter dem *Prevention of Terrorism Act* (PTA) festgenommene Personen während der ersten 72 Stunden nach ihrer Festnahme einem besonders hohen Risiko von Misshandlungen und Folter ausgesetzt, da sie während dieser Zeit nicht dem Richter vorgeführt werden und oft durch die *Terrorism Investigation Division* (TID) oder in Militärbasen festgehalten werden und offenbar keinen Zugang zu Anwälten haben. Ihr Recht auf eine Untersuchung durch einen gerichtsmedizinischen Beamten (*Judicial Medical Officer*) während der ersten 72 Stunden – beispielsweise um Spuren von Misshandlungen und Folter feststellen zu lassen – können die so festgenommenen Personen in der Realität kaum wahrnehmen, was erfolgreiche Menschenrechtsklagen praktisch verunmöglicht. Unter dem *Prevention of Terrorism Act* (PTA) werden unter Folter abgelegte Geständnisse vor Gericht verwendet. Die einzige Ausnahme bilden Personen, die mit einer Menschenrechtsklage beim Obersten Gericht Erfolg haben.

Folter durch die Polizei in Kilinochchi. USDOS (13. April 2016) erwähnt einen Bericht über Folter durch die Polizei in Kilinochchi im Juni 2015. Nach dem Verschwinden eines dreijährigen Mädchens seien Mutter, Vater, Onkel, zwei Cousins des Mädchens und der Partner der Mutter während ihrer Befragung von Angehörigen der Polizei in Kilinochchi angegriffen und gefoltert worden. Anwälte aus derselben Gegend hätten angegeben, die Polizei in Kilinochchi sei berüchtigt für ihre regelmässige Anwendung von Foltermethoden, um angeblich Verdächtige zur Herausgabe von Informationen zu zwingen. Die Mutter des Mädchens sei ausserdem während drei Wochen nach dem Verschwinden willkürlich inhaftiert und sexuell missbraucht worden.

Inhaftierung und Folter von mit der LTTE in Verbindung gebrachten Zivilpersonen. Bezüglich Verbindungen von Folteropfern zur LTTE verweist der SEM-Bericht

auf einen Bericht der NGO *Freedom from Torture* vom Mai 2016. Von 17 Folteropfern seit dem Regierungswechsel Anfang 2015 hätten alle Personen tatsächliche oder von den Tätern behauptete Verbindungen zur LTTE gehabt, zum Teil auch nur sehr schwache. Laut USDOS waren im Jahr 2015 Angehörige des Militäргеheimdienstes und anderer Sicherheitsdienste – teilweise wohl auch zusammen mit paramilitärischen Gruppen – für die dokumentierte und undokumentierte Inhaftierung von Zivilpersonen verantwortlich, die einer Verbindung zur LTTE angeklagt wurden. Befragungen in diesem Zusammenhang beinhalteten manchmal Misshandlungen und Folter. Entlassene Personen seien unter Androhung von erneuter Festnahme oder Tod gewarnt worden, keine Informationen über ihre Festnahme und Inhaftierung bekannt zu geben.

SEM, 5. Juli 2016:

«Der Bericht des International Truth and Justice Project über Folteropfer aus dem Jahr 2015 erwähnt [...], dass alle Familien der 20 im Bericht beschriebenen Fälle wiederholt von Sicherheitskräften besucht und bedroht worden seien. Die Familie eines Opfers sei gezwungen worden, sich regelmässig bei den Sicherheitskräften zu melden. In vielen Fällen hätten die Sicherheitskräfte die Familien über die Opfer und ihren Aufenthaltsort ausgefragt und dabei die Familien bedroht. (...)

Folter ist auch nach dem Regierungswechsel im Januar 2015 dokumentiert. Freedom from Torture hat insgesamt 17 Berichte von Folterungen nach dem Amtsantritt von Präsident Sirisena erhalten. Vier der 17 Opfer seien nach ihrer Rückkehr aus Grossbritannien gefoltert worden. Zwei Opfer wurden nach eigenen Angaben in der Militärbasis "Joseph Camp" in Vavuniya gefoltert, andere im Polizeihauptquartier Colombo oder an unbekanntem Orten.

Der UNO Sonderberichterstatter über Folter und grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung meint, dass heute weniger Folterfälle gemeldet werden als zu Zeiten des Konfliktes und dass die angewendeten Methoden teilweise weniger hart seien. Er kam aber im Mai 2016 zu folgendem Schluss:

I am persuaded that torture is a common practice carried out in relation to regular criminal investigations in a large majority of cases by the Criminal Investigation Department (CID) of the police.

In seinem Statement erwähnt der UNO-Sonderberichterstatter Foltermethoden, die keine bleibenden Spuren hinterlassen (Schläge, auch mit stumpfen Objekten wie Cricket-Schlägern) und andere Methoden wie Schläge auf die Fusssohlen, an den Füssen aufhängen, Erstickung mit Plastiksäcken, Einreiben von Chili-Pulver ins Gesicht und an die Genitalien, und von sexueller Misshandlung, einschliesslich Genitalverstümmelung. Der ITJP-Report führt 20 Fälle von Folter für 2015 auf. Die 20 Personen seien demnach folgenden Foltermethoden ausgesetzt gewesen: Schläge, Auspeitschungen, mit Zigaretten die Haut verbrennen, die Haut mit heissen Metallstangen verbrennen, Wasserfolter, Ersticken mit in Benzin oder Chili getränkten Plastiksäcken, an den Füssen aufhängen, Schläge auf die Fusssohlen und Elektroschläge.

Weiter seien alle 20 Personen sexuell missbraucht worden. Die Methoden seien anale und orale Vergewaltigung von männlichen Opfern, Vergewaltigung von weiblichen Opfern, Genitalverstümmelung und verbale sexuelle Belästigung. Sexueller Missbrauch führe zur Bestrafung und zur Erniedrigung des Opfers lange über den Akt der Folter hinaus. Es gehe darum, das Sozialleben der Opfer auf lange Zeit hinaus zu stören. Die Autoren des ITPJ-Berichtes kommen zum Schluss, dass die Täter unbekannt seien, dass dies aber die Taten seien einer "gut organisierten Maschine, die weiterhin innerhalb der sri-lankischen Polizei und dem Militär gedeihe und durch Erpressung angetrieben werde".

Allen öffentlich bekannten Beispielen von Folterfällen aus den Jahren 2015 und 2016 sei gemeinsam, dass die Opfer vorgängig von Unbekannten entführt worden waren.

Alle von Freedom from Torture dokumentierten Folteropfer hatten eine tatsächliche oder von den Tätern angenommene Verbindung zur LTTE. Einige der Opfer hatten allerdings nur LTTE-Verbindungen auf einer sehr tiefen Ebene gehabt. Diese Einschätzung teilen auch einer der Autoren des Berichtes des UNO-Menschenrechtsrates vom Oktober 2014 und ein Mitautor des ITJP-Reports vom Januar 2015: Alle bekannten Folteropfer von 2015 oder zumindest deren nahen Verwandten hätten eine Verbindung zur LTTE gehabt. Diese Verbindung könne auch sehr schwach gewesen sein. Einige der Opfer hätten für die LTTE Hilfsdienste geleistet, wie die Versorgung mit Lebensmittel oder das zur Verfügung stellen einer Unterkunft.

Experten in Sri Lanka und im Ausland teilten mit der Länderanalyse SEM die Einschätzung, dass Folter in Sri Lanka ein Problem des Systems ist und dass dieses Problem noch nicht gelöst wurde. Es ist realistisch anzunehmen, dass die Praktik nicht von einem Tag auf den anderen gestoppt wurde. Die Militarisierung der mehrheitlich tamilischen Bezirke wie auch die Hierarchie der Sicherheitskräfte und deren Art zu operieren sind nach dem Machtwechsel 2015 unverändert geblieben. (...)

Ein Menschenrechtsaktivist aus Colombo teilte mit der Länderanalyse SEM folgende Einschätzung: Die Anzahl Fälle von Misshandlungen durch die Polizei, von denen er Kenntnis hat, habe in den letzten Monaten abgenommen. Allerdings gehörten Misshandlungen durch die Polizei zum System. Jeder, der in irgendeiner Form mit der Polizei zu tun hätte, könne davon betroffen sein. Diese Gewalt betreffe nicht nur Tamilen. Tamilen, die wegen möglicher terroristischer Aktivitäten festgenommen wurden, waren in der Vergangenheit allerdings tendenziell schweren Formen von Folter ausgesetzt.

Personen, die unter dem PTA verhaftet werden, können von der Polizei 72 Stunden lang festgehalten werden, bevor sie einem Richter vorgeführt werden müssen, der die Festhaltung in eine Untersuchungshaft umwandelt oder die Freilassung verfügt. Oftmals werden die Verhafteten in dieser Zeit in Zellen der Anti-Terror Einheit TID oder in Militärbasen (beispielsweise im "Joseph-Camp" in Vavuniya) festgehalten und sie haben dort offenbar keinen Zugang zu Anwälten. Eine erfahrene Anwältin aus Colombo schätzt, dass diese ersten 72 Stunden die

Periode sei, bei der verhaftete Personen dem grössten Risiko von Misshandlung und Folter während der Befragung ausgesetzt sind, weil niemand ausser der Polizei mit diesen Gefangenen in Kontakt stehe.

Gefangene haben das Recht zu verlangen, von einem Gerichtsmedizinischen Beamten (Judicial Medical Officer - JMO) untersucht zu werden, beispielsweise um Beweise für Misshandlungen oder Folter aufnehmen zu lassen. In Realität schafft es aber kaum je ein Gefangener, vor Ablauf der ersten 72 Stunden Haft, während der Befragungen stattfinden, dieses Recht einzufordern. Geständnisse, die unter Folter abgelegt würden, werden unter dem PTA vor Gericht verwendet, ausser die inhaftierte Person hat mit einer Klage wegen Menschenrechtsverletzungen am Obersten Gericht Erfolg. Wenn aber kein Gerichtsmedizinischer Beamter Spuren von Misshandlungen oder Folter festgestellt hat, sind die Aussichten von Menschenrechtsklagen gering.» Quelle: SEM, Focus Sri Lanka: Lagebild, 5. Juli 2016, S. 27, 37-40:

www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslander/asien-nah-ost/lka/LKA-lagebild-2016-d.pdf.

USDOS, 13. April 2016:

«In June a case of torture by police was reported from Kilinochchi, following the disappearance of a three-year-old girl. The girl's mother, father, uncle, two cousins, and her mother's partner were allegedly assaulted and tortured by Kilinochchi police officers during their interrogation. Lawyers from the area claimed police in Kilinochchi were notorious for their regular employment of torture methods to extract information from supposed suspects. The child's mother was also allegedly subject to arbitrary detention and sexual abuse for a period of three weeks following the initial incident.» Quelle: USDOS – US Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2015 – Sri Lanka, 13. April 2016: www.ecoi.net/local_link/322460/461937_de.html.

4 Rückkehrende Personen¹

Überprüfung rückkehrender Personen, Untersuchungshaft für rückkehrende noch nicht rehabilitierte LTTE-Angehörige. Gemäss dem SEM-Bericht «Fokus Sri Lanka» vom 5. Juli 2016 werden rückkehrende Personen bei der Einreise überprüft. Personen, die von den Behörden als ehemalige LTTE-Angehörige eingestuft und als noch nicht rehabilitiert angesehen werden, werden in Untersuchungshaft genommen.

Berichte von Folter und sexuellem Missbrauch Rückkehrender, die mit der LTTE in Verbindung gebracht werden. HRC (28. Juni 2016) und ICG (18. Mai 2016) erwähnen glaubhafte Berichte von Folter und sexuellem Missbrauch tamilischer Perso-

¹ Bezüglich der Gefährdung rückkehrender Personen sei ausserdem auf den folgenden Bericht verwiesen: SFH, Sri Lanka: Gefährdung bei Rückkehr und Zugang zu medizinischer Versorgung in Haft, Auskunft der SFH-Länderanalyse, 22. April 2016: www.fluechtlingshilfe.ch/assets/herkunftslander/asien-pazifik/sri-lanka/160422-lka-rueckkehrverhaftungmedikamente.pdf.

nen, die aus dem Ausland nach Sri Lanka zurückgekehrt sind und die einer Verbindung zur LTTE verdächtigt werden, durch «Antiterrorismuseinheiten» der Polizei und des Militärgeheimdienstes.

SEM, 5. Juli 2016:

«Personen, die aus dem Ausland einreisen, werden überprüft. Wer nach Ansicht der Behörden ein ehemaliger LTTE-Angehöriger und noch nicht rehabilitiert worden ist, wird in Untersuchungshaft genommen. Personen, die zuvor illegal ausgereist sind, beispielsweise mit Schleusern auf dem Seeweg, werden befragt und können wegen Verstoss gegen das Emigrations- und Immigrationsgesetz angezeigt werden.» Quelle: SEM, Focus Sri Lanka: Lagebild, 5. Juli 2016, Version 16. August 2016, S. 7:

www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslander/asien-nah-ost/lka/LKA-lagebild-2016-d.pdf.

HRC, 28. Juni 2016:

«Some groups have also reported cases of torture and sexual abuse of Tamils returning to Sri Lanka from abroad who are suspected of LTTE involvement.»

Quelle: HRC – UN Human Rights Council: Promoting reconciliation, accountability and human rights in Sri Lanka [A/HRC/32/CRP.4], 28. Juni 2016, S. 5:

www.ecoi.net/file_upload/1930_1470824678_a-hrc-32-crp-4-en.doc.

ICG, 18. Mai 2016:

«(...) there continue to be credible reports of torture and sexual abuse by “counterterrorist” police and military intelligence units against Tamils returning to the country who are suspected of past LTTE involvement. While there is no evidence these have civilian leaders’ sanction, they raise fears that at least part of the national security apparatus may be acting independently.» Quelle: ICG – International Crisis Group: Jumpstarting the Reform Process, 18. Mai 2016, S. 17-18:

www.ecoi.net/file_upload/1002_1464083543_278-sri-lanka-jumpstarting-the-reform-process.pdf.

5 Situation alleinstehender tamilischer Frauen

Besondere Verletzlichkeit alleinstehender tamilischer Frauen. Gemäss einem Bericht von *Fokus Women* vom April 2016 sind alleinstehende Frauen, die ihrem Haushalt vorstehen (*female-headed households* – FHH) in der Nordprovinz mit Überwachung und sexueller Ausbeutung konfrontiert, wenn sie sich in einem Armeecamp melden müssen. Beispielsweise sind FHH von Militär und Polizei abhängig, wenn es um eine Untersuchung bezüglich ihres inhaftierten oder vermissten Ehepartners geht. Dies macht sie besonders verletzlich und setzt sie einem besonderen Risiko sexueller und psychologischer Gewalt aus. Tamilische Frauen sind in Polizeistationen einschliesslich den *Police Bureaus for Prevention of Abuse of Children and Women* in Gefängnissen, während Gerichtsprozessen, bei denen nur männliche Übersetzer tätig sind und beim Zugang zu medizinischen Diensten Diskriminierungen ausgesetzt.

Psychosoziales Trauma alleinstehender tamilischer Frauen. Faktoren, die zur Traumatisierung alleinstehender tamilischer Frauen beitragen, sind laut *Fokus Women* (April 2016) unter anderem der Verlust des Partners, Traumatisierung während des Krieges, der Verlust eines Gefühls der Sicherheit wegen der Abwesenheit des Partners und Bedrohungen der eigenen Sicherheit durch Angehörige des Militärs und der Polizei. Es sei unklar, ob die vom Ministerium für Frauenangelegenheiten eingesetzten *Relief Sisters* und *Women Development Officers* für die Beratung von traumatisierten Frauen ausgebildet sind.

Sexuelle Belästigung und Gewalt gegen Frauen durch Angehörige der Sicherheitskräfte. Gemäss USDOS (13. April 2016) gab es einige glaubwürdige Berichte von sexueller Gewalt gegen Frauen im Jahr 2015, bei denen die Täter Angehörige des Militärs, der Polizei, Deserteure oder Angehörige militanter Gruppen waren. Zwar sei die Zahl von Berichten über Vergewaltigung durch Sicherheitskräfte laut *Gowrinathan et al.* (28. August 2015) seit der unmittelbaren Nachkriegsperiode zurückgegangen, dieses Thema bleibe aber eine hochaktuelle Sorge tamilischer Frauen. So lebten die meisten tamilischen Frauen permanent mit vielfältig ausgeprägtem aggressivem sexuellem Verhalten von Militärangehörigen, einschliesslich psychologischer Formen sexueller Gewalt und Androhung von Vergewaltigung und sexuelle Einschüchterung. Sexuelle Belästigung durch Militärangehörige bleibe eine tägliche Realität für tamilische Frauen, insbesondere junge Frauen. Sie müssen bei einer Vielzahl von Aktivitäten mit dem Militär in Kontakt stehen, angefangen beim Kauf von Gemüse bis hin zur Registrierung in Schulen. Frauen in Gebieten mit wenig Elektrizität können ihre Mobiltelefone oft nur im nächsten Militärcamp aufladen, wobei manche genötigt werden, im Gegenzug sexuelle Dienstleistungen zu erbringen. Wegen Mangels an Verdienstmöglichkeiten bleibt tamilischen Frauen oft nur, in Militärcamps die Toiletten zu putzen, wobei sie sexueller Belästigung und Missbrauch ausgesetzt sind. Das *Civilian Security Department* engagiere mittellose Frauen für manuelle Arbeitstätigkeiten und entschädige sie durch ein kleines Salär und ein Mobiltelefon. Diese Frauen stünden unter der direkten Autorität von Militärangehörigen und seien gezwungen, zu den Bedingungen des Militärs zu arbeiten.

«Survival Sex» mit Angehörigen der Sicherheitskräfte. Gemäss USDOS (13. April 2016) gab es weiterhin Berichte von «Survival Sex», bei denen verletzte Frauen gegen Geld oder andere Formen von Unterstützung oder Vergütung sexuelle Handlungen ausübten, besonders mit Angehörigen der Sicherheitskräfte. *Gowrinathan et al.* (28. August 2015) berichten von Prostitution in verlassenen Häusern in Jaffna, die auf der verletzlichen Situation tamilischer Frauen basieren, zu deren «Kunden» hochrangige Politiker wie auch Militärangehörige zählen. Diese Frauen entschieden sich unter dem Druck der bestehenden Machtverhältnisse und extremer Armut, sich zu prostituieren.

Nur wenige Anzeigen wegen mangelnder Strafverfolgung. Gemäss dem SEM-Bericht vom 5. Juli 2016 ist mangelnde Strafverfolgung in Fällen von sexueller Gewalt ein Problem. Bis zu einem Urteil vergingen oft Jahre und die meisten Polizeiangehörigen im Norden seien immer noch Singhalesen. So gebe es trotz Vorhandenseins eines *Children & Women Bureau* der Polizei in Jaffna nur wenige Anzeigen. Der Bevölkerung im Norden mangle es wegen negativer Erfahrungen an Vertrauen in die Behörden. In einem Fall von Vergewaltigung durch einen Marineoffizier habe sich ein

Übersetzer über Vergewaltigungsoffer lustig gemacht. Es wurde keine Anklage erhoben, da es angeblich keinen Marineoffizier mit dem von den Opfern angegebenen Namen gebe. USDOS (13. April 2016) berichtet darüber hinaus, dass viele Frauen nicht offiziell Beschwerde einlegten, da sie die Rache der Täter fürchteten. Der SEM-Bericht erwähnt eine Verurteilung von vier Soldaten im Oktober 2015 wegen Vergewaltigung einer tamilischen Frau im Jahr 2010 in Kilinochchi und weist darauf hin, dass laut BBC Verurteilungen von Militärangehörigen wegen Verbrechen gegen Zivilpersonen selten sind.

Fokus Women, April 2016:

*«FHH [female-headed households] report that they are subjected to sexual exploitation and are solicited for sexual bribes. 25 such cases of serious and repeated experiences of sexual exploitation of FHH, including sexual bribery have been documented by FOKUS WOMEN. FOKUS WOMEN partners working in the region, such as WANT (Women's Action Network for Transformation), and **FHH living in the Northern Province state that they are under surveillance and are subjected to sexual exploitation when they are ordered to report to an army camp.***

*According to the case studies **FHH are subjected to sexual exploitation by public servants and those in charge of public security; health care workers; and employers of civil society organizations. Offenders act with impunity and target FHH who are vulnerable due to several factors. For instance where the spouse is detained or is missing, FHH are dependent on the military and the police to investigate into the matter. Due to poverty FHH seek employment and assistance to meet their financial needs. Due to the impact of the armed conflict FHH are in need of access to land, documentation and housing. In the words of an FHH interviewed for the study:***

We live in a society that looks upon women as sexual objects and if we are not protected or guarded by men, then we the single women, can be used in any way the men want. I feel after the end of the war this trend of exploiting single women has increased. This is due to these women being poor, and needing material and financial assistance and they are malnourished and vulnerable to exploitation.

*(...)As observed by the UN Secretary General, **violence against 'women at risk, including war widows and female heads of household' in Sri Lanka is an area of serious concern.** Sexual violence against women continues to be reported from the war affected community and has been documented internationally. As a group of women who are in general subject to social stigma and other challenges including poverty, FHHs are vulnerable to violence. However, **due to the lack of enforcement of laws and the absence of support networks, women who experience violence do not necessarily report it even within the community.** (...)*

The absence of an adult male gives rise to a perception that they are physically weak and makes them targets for sexual violence. Psychological violence has been raised as a concern by FHH. As described below, this form of violence is both difficult to identify and to address.

When we are talking about violence, we talk only about or mainly about the physical violence. Women like us are dying daily due to emotional violence. If we go to a public place, our villages speak bad of us as we are separated. They are teasing our emotions. We can't tell this to others. Even our children face problems in schools due to our broken family life. They too are suffering silently. (...)

*Tamil FHH are another group who experience specific forms of discrimination due to inter-sectionality of their ethnicity: **psycho-social trauma; application of Tesawalamai law; and language.***

*FHH affected by the war predominantly speak Tamil, the minority language. The study by FOKUS WOMEN on language demonstrates that **FHH are unable to access the criminal justice system due to the language barrier. Experiences of such discrimination of 15 FHH from the Northern and Eastern Provinces have been studied for this report. These FHH report that at the police stations, including the Police Bureaus for Prevention of Abuse of Children and Women; at Prisons; during court proceedings including accessing translations provided by male translators; and in accessing state funded medical services that FHH experience discrimination. Due to lack of information in the Tamil language Tamil FHH are made vulnerable and are unable to seek justice.***

Tamil FHH are subjected to sexual violence including sexual bribery. Where the spouse or child of the FHH is missing, the FHH are denied their right to truth; they are faced with cumbersome administrative and legal procedures in obtaining certificates of death; and they experience severe forms of psycho-social trauma for which adequate counselling services have not been made available thus far. Viluthu reports that FHH who were formerly combatants of the LTTE state that they are ostracised and stigmatised by their own community. Consequently, they are unable to engage in any livelihood even though they have been trained in relevant skills during their rehabilitation by the GoSL. (...)

*However as pointed out by Viluthu, **FHH are unable to assert their right to truth due to the continued surveillance of the North and East. They state that due to prevailing conditions even fact finding cannot be carried out effectively among FHH.*** (...)

Specific forms of psycho-social trauma is experienced by war affected FHH. The Committee has recognised that state obligations to respect the right to health include the obligation to ensure trauma treatment and counselling. All the studies conducted by FOKUS WOMEN highlights psycho-social issues and trauma as a serious concern in relation to FHH. Factors that contributed to trauma include the loss of a spouse and parent; armed-conflict related trauma, resulting in interruptions to education etc; trauma related to loss of property and income; loss of a sense of security due to absence of the adult male; due to threats to security by members of the armed forces and police; and in some cases due to acquiring disability during the armed conflict. Furthermore, it has been established that the war-affected communities in Sri Lanka have been subjected to collective trauma in addition to their individual experiences of trauma.

The Ministry of Women's Affairs has placed Relief Sisters and Women Development Officers at Divisional Secretariats to address concerns of this nature. Counsellors are available at the local authority level (Pradeshiya Sabha). However, whether they have been given suitable training and are equipped to counsel women who experience trauma, is questionable. Civil society organizations have attempted to meet the need for psycho-social counselling among war affected women.»

Quelle: FOKUS WOMEN: Shadow Report to the United Nations Committee on the Elimination of Discrimination Against Women (CEDAW), April 2016, S. 12-16, 18, 20:

www.ecoi.net/file_upload/1930_1463657465_int-cedaw-ngo-lka-23894-e.pdf.

USDOS, 13. April 2016:

«There were a number of credible reports of sexual violence against women in which the alleged perpetrators were armed forces personnel, police officers, army deserters, or members of militant groups. Many women did not file official complaints, however, due to fear of retaliation. (...)

Reports of the prevalence of "survival sex," whereby vulnerable women engaged in sexual acts for monetary and other kinds of support or compensation, especially with security force personnel, continued to emerge. One report noted members of the security forces approached a woman in the north and told her that if she allowed them to have sex with her on a regular basis, they would compensate her. If she refused, they would rape her by force, so she chose the former course.» Quelle: US Department of State (USDOS), Country Report on Human Rights Practices 2015 – Sri Lanka, 13. April 2016:

www.ecoi.net/local_link/322460/461937_de.html.

Gowrinathan, N. et al., 28. August 2015:

«The Situation for Tamil Women in 2015

(...) Abuses by State Security Forces

While the incidence of rape allegations against state forces has declined since the immediate post-war period, current conditions cannot be considered separately from the deep trauma experienced in the final stages of the war and the subsequent six years of militarization. Rape by state forces remains a highly salient concern for the women in the Tamil community. As one activist explains: "At the end of the day, Tamils are shown the kind of power the military has over us as subjects, and that they can also subject women and men to sexual violence. Like anywhere else in the world, rape in Sri Lanka is used as a tool to punish the community, and to strip Tamil women of their dignity".

The entrenchment of the military presence has pushed ongoing abuses by the state further underground, while continuing to constrain the choices of Tamil women for whom elements of the military apparatus are present in nearly every aspect of their daily lives. While military representatives continue to argue that "the allegation that the presence of the security forces in the North contributes to the insecurity of women and girls is a myth", the link between militarization

and the vulnerability of women has been well-documented in Sri Lanka and elsewhere. One activist urges, “we need to recognize the impact of military presence in a region where it is not actually at the request of the people living in that area, it is against the wishes of the people” including, and beyond, sexual violence.

The most overt forms of violence against women, (rape, sexual assault, and sexual harassment) remain a concern amongst Tamil women, particularly survivors of rape by the military who have reported their cases, with no follow up or prosecution. As one priest in the North comments, “So many things are hidden when it comes to rape. Rape by the military is the most hidden. It is only the doctors who really see it”. Others point to the relationship between paramilitary forces and the military in certain regions, with collaborations extending into deep business ties, providing additional impunity for acts of sexual violence.

While some sub-groups of Tamil women are ‘particularly vulnerable’ to rape (those living near large army camps, the disabled), most Tamil women live with a disturbing spectrum of aggressive sexual behaviors from military personnel. This extends to the “psychological forms of sexual violence, threats of rape and sexual intimidation, through the military that is still there, even if the numbers of personnel have decreased.”

Sexual harassment by the military remains a daily reality for Tamil women, particularly young women, who must engage with state forces for basic activities ranging from purchasing vegetables to school registration. In areas with little electricity, many women’s only opportunity to charge their cell phones is to visit the nearest military camp. Some, one rights activist notes, “are asked for sexual favors in exchange for the use of their electricity.” Women’s lives, and daily mobility, are shaped by the constant constraint by the presence of military camps. (...) With limited income-generation opportunities available to them, Tamil women are often left to fill positions such as cleaning toilets in military camps where “they are often subjected to sexual harassment and abuse”. Similarly, the Civilian Security Department (...) offers destitute women a small salary and cell phone in exchange for largely manual labor, placing women under the direct authority of military personnel, forced to “work under the military’s conditions.” (...)

Exploitative and Transactional Sex

(...) Abandoned houses across Jaffna facilitate pop-up prostitution by amateur pimps, capitalizing on space and the insecure position of Tamil women. Ananthi recounts, “One day, I just stood at the gate at one house and the owner yelled that I cost him 10 lakhs”. The police presence around these homes indicates the quiet complicity, if not outright collaboration of state forces. The “clients” range from high-level politicians to low-ranking soldiers.

Women’s rights activists, and Tamil women themselves, vehemently challenge the categorization of the “transactional/exploitative sexual relationships” as prostitution or voluntary sex work. These relationships rely on coercion backed by the strength of an established order of state power and a culture of impunity

for abuses of women. Rather than engage in debates as to the morality of prostitution, many activists insist that “the real concern is the kind of environment, context, and pressure under which a woman makes this decision”. One activist highlights the critical role of extreme poverty as a driver of these relationships: “women mention they enter into ‘survival sex’ with the military, but only when they are in the most dire circumstances.”» Quelle: Gowrinathan, N. und Kate Cronin-Furman, The Forever Victims? Tamil Women in Post-War Sri Lanka, White Paper, 28. August 2015, S. 8-12:

http://sangam.org/wp-content/uploads/2015/09/8-28-15-nimmi_whitepaper_NE.pdf.

SEM, 5. Juli 2016:

«Bezüglich Schutzwilligkeit der Behörden gegenüber weiblichen Opfern von Gewalt sagten die in Jaffna an einem Treffen mit der Länderanalyse des SEM anwesenden Frauen, **dass nur wenige Fälle der Polizei rapportiert würden und dass es dann oft mehrere Jahre dauere, bis es zu einem Urteil komme. Deswegen und auch weil die Polizeibeamten im Norden noch immer fast ausschliesslich Singhalesen seien, würden viele Opfer keine Anzeige erstatten.** Die Tatsache, dass die Polizei in Jaffna ein Children & Women Bureau führe, ändere nichts am **Zögern der Opfer, Anzeige zu erstatten.** Ein Arzt des Jaffna Teaching Hospitals erklärte an einem Beispiel von 2015, **weshalb die Bevölkerung wenig Vertrauen in die Behörden hat: Zwei Mädchen, mutmassliche Opfer von Vergewaltigungen durch einen Offizier der Marine, seien durch das Spital der Polizei übergeben worden. Eine Polizistin habe die beiden Opfer auf Singhalesisch befragt und ein Mann habe übersetzt. Der Übersetzer habe sich über die Opfer lustig gemacht. Schlussendlich sei der Fall ohne Anklageerhebung geschlossen worden, weil es angeblich keinen Marine-Offizier mit dem von den Opfern erwähnten Namen gebe.**

Im Oktober 2015 verurteilte ein Gericht in Jaffna vier Soldaten wegen der Vergewaltigung einer tamilischen Frau im Jahr 2010 im Bezirk Kilinochchi zu 25 Jahren Haft. Verurteilungen von Armeeingehörigen wegen Verbrechen gegen Zivilpersonen sind gemäss BBC in Sri Lanka selten.» Quelle: SEM, Focus Sri Lanka: Lagebild, 5. Juli 2016, Version 16. August 2016, S. 34:

www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslander/asien-nah-ost/lka/LKA-lagebild-2016-d.pdf.

6 Situation von Angehörigen «verschwundener» Personen

Begrenzte Fortschritte bezüglich der Aufklärungen zu verschwundenen Personen. Nach Angaben der *International Crisis Group* (ICG) vom Mai 2016 gab es im Jahr 2015 keine konkreten Fortschritte in Bezug auf die Lösung tausender Fälle von verschwundenen Personen. Auch der SEM-Bericht «Fokus Sri Lanka» hält im Juli 2016 fest, dass seit 2015 keine konkreten Fortschritte bei der Aufklärung von Fällen von verschwundenen Personen beobachtet werden konnten. Auch im Jahr 2016 kam es nach Angaben von Menschenrechtsaktivist Ruki Fernando (*Human Rights Documentation Centre* INFORM, August 2016) zu weiteren Fällen von «Verschwindenlassen». Zwar wurde nach Angaben mehrerer Quellen (AHRC und *Sri Lanka Brief*, September 2016) im August 2016 ein Gesetz zur Etablierung der Institution «Office on the Missing

Persons» verabschiedet, welche vermisste Personen suchen und aufspüren soll. Die Institution ist noch nicht etabliert, jedoch wurde laut *Sri Lanka Brief* vom 10. September 2016 von der *Human Rights Commission of Sri Lanka* bereits kritisiert, dass das Gesetz dazu in intransparenter und ohne öffentliche Konsultationen verfasst wurde. In einem von der *Asian Human Rights Commission (AHRC)* publizierten Artikel vom 16. September 2016 gibt M.C.M Iqbal, der Sekretär von drei früheren «Commissions of Inquiry into Disappearances», seine Einschätzung kund, dass der neu zu schaffenden «Office on the Missing Persons» aufgrund einer Reihe von grundlegenden Mängeln ein ähnlicher Misserfolg wie den bisherigen Kommissionen beschieden sein wird. Auch der Menschenrechtsaktivist Ruki Fernando kritisiert in seinem Beitrag zum Bericht des *Human Rights Documentation Centre INFORM* vom August 2016, dass mit dem geplanten «Office on the Missing Persons» die strafrechtliche Verfolgung der Täter fraglich sei. Ariel Dulitzky, Experte der *UN Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances*, welche Sri Lanka im November 2015 besucht hatte, zeigte am 20. September 2016 ebenfalls seine Bedenken bezüglich der «Office on the Missing Persons» (IMADR, 23. September 2016). Zudem sei die *UN Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances* laut derselben Quelle überzeugt, dass es eine internationale Beteiligung benötige, um die Aufklärung der Fälle der verschwundenen Personen anzugehen. Grund dafür sei die Kultur der Straflosigkeit, der fehlende Wille der Sicherheitskräfte zu kooperieren, die fehlende Unabhängigkeit und Unbefangenheit des Büros des Generalstaatsanwalts («Attorney General»), sowie die fehlende nationale Kapazität, um Verbrechen gegen die Menschlichkeit anzugehen.

«**Certificate of Absence**». Im September 2015 hat die sri-lankische Regierung laut SEM-Bericht «Fokus Sri Lanka» vom Juli 2016 beschlossen, den Familien von vermissten Personen Abwesenheitszertifikate («Certificate of Absence») auszustellen. Diese sollen es in der Zukunft den Familien ermöglichen, Sozialleistungen und Hilfe zu erhalten. Bisher wurden aber noch keine Zertifikate ausgestellt, da dafür zunächst eine Untersuchung der spezifischen Fälle durch das noch nicht etablierte «Office on the Missing Persons» nötig sei (Daily Mirror, 31. August 2016). Die Zertifikate sollen zwei Jahre Gültigkeit haben (Daily News, Juli 2016).

Bedrohungen, Schikanen und Übergriffe gegen Angehörigen von verschwundenen Personen. Laut des Berichts von ICG vom Mai 2016 berichteten Angehörige von verschwundenen Personen, dass Polizei und Militär sie generell als «Feinde» wahrnehme. Dies wurde am 29. September 2016 durch einen im Vanni-Gebiet tätigen Menschenrechtsaktivisten bestätigt. Demnach seien die Sicherheitskräfte feindselig gegenüber den Angehörigen, weil diese die Täter kennen würden. An den öffentlichen Konsultationen der *Consultation Task Force on Reconciliation Mechanisms* im Norden und Osten wurden nach verschiedenen Angaben (CTF, August 2016; Menschenrechtsaktivist, 29. September 2016) eingeschüchtert. Laut den Angaben des Menschenrechtsaktivisten vom 29. September 2016 waren bei den Konsultationen Militär und Polizei präsent und fotografierten aussagende Personen. Die *Consultation Task Force on Reconciliation Mechanisms* (CTF) berichtete im August 2016, dass sie Informationen erhalten habe, dass an den Konsultationen Teilnehmende eingeschüchtert, schikaniert oder gar gefoltert wurden. Die *Working Group des UN Human Rights Council (HRC)* zeigte sich in ihrem Bericht vom 8. Juli 2016 anlässlich ihrer absolvierten Mission vor Ort äusserst besorgt, dass Angehörige von verschwundenen Personen schikaniert und eingeschüchtert werden. In verschiedenen Fällen seien Angehörige

bedroht, eingeschüchtert oder Übergriffen («reprisals») ausgesetzt gewesen. Angehörige wurden von Geheimdienst, Polizei und Armee mehrfach aufgesucht und zu ihren Aktivitäten und Treffen verhört. Teilweise wurden Angehörige auch von Polizei oder Geheimdienstmitarbeitenden aufgesucht und bei repetitiven Verhören zu den verschwundenen Personen Re-Traumatisierungen ausgesetzt. Der im Vanni-Gebiet tätige Menschenrechtsaktivist gab der SFH am 29. September 2016 ebenfalls an, dass die Sicherheitskräfte auch aktuell Hausbesuche bei Angehörigen von Verschwundenen durchführen und diese bedrohen. Dies geschehe insbesondere auch im Vanni-Gebiet.

Sexuelle Übergriffe gegen weibliche Angehörige. Schliesslich gibt es laut HRC detaillierte Anschuldigungen, dass Mitarbeitende des CID Mütter und Ehefrauen von verschwundenen Personen sexuell belästigt oder sexueller Gewalt ausgesetzt haben. Unter anderem sei dies im Austausch für Informationen über den Verbleib der verschwundenen Person geschehen. Der im Vanni-Gebiet tätige Menschenrechtsaktivist bestätigte am 29. September 2016 ebenfalls, dass Militärangehörige für solche Informationen sexuelle Gefälligkeiten von weiblichen Angehörigen von Verschwundenen verlangt hatten.

Geldforderungen an Angehörige. Laut HRC gibt es zudem Anschuldigungen, dass in vielen Fällen Unbekannte Geld von den Angehörigen gefordert hätten, damit die verschwundene Person zurückkehren könne. Trotz Geldzahlung blieben die Person aber meist verschwunden. Nach Angaben des Menschenrechtsaktivisten vom 29. September 2016 gebe es auch Fälle, in welchen Sicherheitskräfte Geld von Angehörigen von Verschwundenen verlangten.

IMADR, 23. September 2016:

« On Tuesday 20th September, during the 33rd session of the UN Human Rights Council, the International Movement Against All Forms of Discrimination and Racism (IMADR), jointly with Asian Forum for Human Rights and Development (FORUM-ASIA), Asian Federation Against Involuntary Disappearances and Franciscans International, hosted a side event titled "Enforced Disappearances in Sri Lanka". HRC33_Side Event_Enforced Disappeaarances in Sri Lanka. With the moderation by Ms. Mary Aileen Diez-Bacalso from (AFAD), the event invited two wives of the disappeared, Ms. Sandya EKNELYGODA and Ms. Vathana SUNDARARAJ, to share their perspectives on challenges victims are facing. Mr. Freddy GAMAGE, a journalist and human rights defender, spoke the issue of murdered and disappeared journalists to highlight the need for institutional reforms to tackle the culture of impunity. In his keynote speech, the expert member of the UN Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances (WGEID), Mr. Ariel Dulitzky, provided the findings from the Working Group's country visit to Sri Lanka in November 2015. As a keynote speech, Mr. Dulitzky from WGEID shared the Working Group's findings from the official visit to Sri Lanka in November 2015. He described that the country visit was characterised as 'mistrust' and 'frustration' to describe the feelings of victims and civil society in Sri Lanka due to the history of failed domestic mechanisms and culture of impunity. He stressed that wounds of families of the disappeared are open until they find truth and justice. At the same time, the Working Group found a hope with the new Government in initiating measures including the ratification of the International Convention for the

*Protection of All Persons from Enforced Disappearances, the policy on the issuance of certificates of absence and the OMP. Yet, he stressed that more needs to be done. He highlighted the importance of OMP as a specific institution in searching for the disappeared which is independent from the judicial process, since searching and investigation are separate processes. **He shared concerns on the OMP. The Government must conduct proper consultations with affected families and civil society. The Office's name failed to include enforced disappearances which can send a wrong message, since it makes the crime of enforced disappearances invisible, dilutes the State's responsibility and searching for missing persons and forcibly disappeared persons are different. The importance of appointment of professionals, allocation of resources and the OMP's link to the accountability mechanism are important. The certificate of absence should be issued as a certificate of absence due to enforced disappearance. The Working Group strongly believes that international participation is necessary to address the issue of enforced disappearances due to the culture of impunity, the lack of will of the security forces to cooperate, the lack of independence and impartiality of the office of Attorney General and the lack of national capacity to address the crime against humanity. International involvement can also help overcoming the mistrust of families of the disappeared. More needs to be done for reparations for sufficient economic and psycho-social support. In conclusion, he emphasised the need for a State policy to memorise the victims of enforced disappearances and that fact that no justification is available for the crime of enforced disappearance.**» Quelle: International Movement Against All Forms of Discrimination and Racism (IMADR), «More needs to be done», message to Sri Lanka to heal wounds from enforced disappearances (20. September 2016), 23. September 2016: <http://imadr.org/enforced-disappearances-srilanka-hrc33-20september2016/>.*

CTF, August 2016:

*«In the North and East, the CTF notes that people bravely engaged in the consultation process **despite a climate of fear arising from continuing human rights violations and from the possible consequences of engaging in the consultations. The CTF along with ZTFs in the North and East received a number of complaints relating to incidents of intimidation, harassment and even torture that occurred during the consultation process. This is despite the fact that from the time of its appointment in January 2016, the CTF has been insisting that State cooperation is vital for the success of the consultation process, particularly in terms of ensuring that such incidents do not take place***

***The continuation of violations has had a direct impact on the process both in terms of the number of people willing to engage and also in relation to the quality of engagement. Some had been warned by their families abroad not to testify or attend the consultations due to risks to those remaining. In other cases, family members of the disappeared did not want to discuss justice options as they felt this would have a direct impact on their family members whom they believe are being held by the State.**» Quelle: Consultation Task Force on the Reconciliation Mechanism (CTF), Concluding Observation of the CTF, Interim Report, The Office on Missing Persons Bill and Issues Concerning the Missing, the Disappeared and the Surrendered,*

August 2016, S. 2: http://media.wix.com/ugd/bd81c0_730cd25d48254e609872e600e9d404e9.pdf.

Daily Mirror, 31. August 2016:

«After OMP investigation, the Registrar General can issue either a Certificate of Absence or a Certificate of Death.» Quelle: Daily Mirror, Let not the Truth go Missing, 31. August 2016: www.pressreader.com/sri-lanka/daily-mirror-sri-lanka/20160831/281633894668389.

Daily News, Juli 2016:

«The government yesterday in Parliament presented the Registration of Deaths (Temporary Provisions), (Amendment) Bill to provide for the **issue of 'Certificate of Absence'** for missing persons.

Chief Government Whip and Minister Gayantha Karunathilake presented the Bill. The Bill provides for **"the registration of persons reported missing as a result of the conflict which took place in the Northern and Eastern Provinces or its aftermath or political unrest or civil disturbances or enforced disappearances or of members of the armed forces or Police identified as missing in action"**.

As of the Bill, if a person is reported missing and has not been heard of for a period exceeding one year due to above mentioned reasons, a relative of such a person can apply to register such person as "missing" and to have issued to him a 'Certificate of Absence'.

The applications must be forwarded to the Registrar General or the District Registrar. After going through the stipulated procedure in the Bill, the Registrar General or the District Registrar will issue the 'Certificate of Absence' after entering such particulars in the 'Register of Missing Persons'. **The certificate can be used by the relative who applied for it to apply for benefits under any social welfare scheme, to temporarily manage the property and assets of the missing person, act as a provisional guardian for dependent children of the missing person. It can also be used to make representation before executive, administrative and judicial authorities on behalf of the missing person.**

The Certificate of Absence is valid for two years. Thereafter, the District Registrar can either extend the period of the Certificate or ask the relative to apply for a Certificate of Death. The Bill will be taken up for debate at a future date.» Quelle: Daily News, Bill to issue 'Certificate of Absence' for missing persons, 6. Juli, 2016: www.dailynews.lk/2016/07/06/political/86716.

SEM, 5. Juli 2016:

«OHCHR hat zuverlässige Informationen über das Verschwindenlassen von hunderten von Personen in der Periode 2002 bis 2011 in Sri Lanka. Die Mehrheit der gemeldeten Fälle stammt aus der Nord- und der Ostprovinz. **Die Mehrheit der verschwundenen**

Opfer im Zeitraum zwischen 2002 und 2011 sind Personen mit einer vermuteten Verbindung zur LTTE. Junge tamilische Männer, auch solche die keine Verbindung zur LTTE gehabt hätten, seien besonders gefährdet gewesen.

Die Presidential Commission to Investigate into Complaints Regarding Missing Persons meldete am 15. August 2015 in ihrem Interim-Report insgesamt 17'329 Fälle von vermissten Personen. Auf der Webseite der Kommission werden diese Zahlen laufend ergänzt. **Am 1. März 2016 waren 19'006 Zivilpersonen und 5'000 Angehörige der Sicherheitskräfte als vermisst gemeldet.** In ihrem Bericht unterscheidet die Kommission zwischen Personen, die im Alltag verschwunden waren - beispielsweise an Checkpoints, bei der Arbeit oder von ihrem Zuhause - und Personen, die sich den Sicherheitskräften gestellt hatten, verhaftet wurden und dann verschwunden sind.

Seit 2015 konnten keine konkreten Fortschritte bei der Aufklärung von Fällen von verschwundenen Personen beobachtet werden.

Die Regierung hat im September 2015 beschlossen, den Familien von vermissten Personen Abwesenheitszertifikate (Certificate of Absence) auszustellen. Diese sollten es den Familien ermöglichen, Sozialleistungen und Hilfe zu erhalten.

Am 10. Dezember 2015 unterzeichnete Sri Lanka zudem das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen. Dieses muss noch ratifiziert werden» Quelle: SEM, Focus Sri Lanka: Lagebild, 5. Juli 2016, Version 16. August 2016, S. 36-37: www.sem.admin.ch/dam/data/sem/internationales/herkunftslaender/asien-nahost/lka/LKA-lagebild-2016-d.pdf.

AHRC, 19. September 2016:

*«As a person who was once directly involved with commissions of inquiry into disappearances of persons (COIs) set up by former President Chandrika Bandaranaike, the writer avariciously read Kishali Pinto-Jayawardena's writings in the Sunday Times and other material on the pros and cons of the **OMP Bill which was enacted as Act No. 14 of 2016.** As she points out quite rightly, the Office of Missing Persons (OMP Act No. 14 of 2016) is going to be the **first permanent body 'tasked with searching and tracing missing persons' established without a time frame.** Previous COIs had a time frame both for the life of the commission and for the period of the incidents they could inquire into. Other than that, they too had the power to summon witnesses, access records, obtain information from detention centres and even accept evidence that did not fall within the limitation of the Evidence Ordinance.*

*Yet, **as is widely accepted now, all these Commissions failed in their tasks.** From the writer's personal knowledge of the COIs in which he was Secretary, not all these bodies are to be blamed for their failure. These COIs laboriously prepared comprehensive reports with appropriate recommendations. Yet the findings of these COIs were not made available to the public in their entirety. (...)*

*Let us now examine the provisions of the OMP to see if such a fate would not occur to it as well. The OMP Act says that the **Right to Information Law will not be applicable to 'confidential' information made available to the OMP.** In this writer's view, this would **eventually lead to the same failures of secretive information that befell the***

*findings of the COIs mentioned above. If the OMP is not held to a higher standard, even if a witness wants to release the information to the public, the **OMP can hold that back. As Ms Pinto-Jayawardena has stated in her numerous columns, the protection of witness information should have been specified more narrowly rather than relying totally on the OMP as to what amounts to 'information received in confidence.'***

*Most frustratingly, Section 13 (2) of the Act says that **the findings 'shall not give rise to any criminal or civil liability'.** This is contrary to the expectations of victims who are eager to know what happened to their loved ones. Can they be told after exhaustive investigations that the OMP could not find the missing person and stop at that? Will a complainant who alleges that a particular person was personally handed over to a particular military officer or taken away by known Police officers or other persons, be satisfied if the OMP merely says they cannot now be found? What if the remains of the person concerned is found in one of the graves exhumed and the complainant is told that the OMP has no power to take any further action on the matter? That will create a public uproar.*

*Section 12 (i) of the Act states that the OMP can report a possible offence to the relevant law enforcement or prosecuting authority. **But that is exactly what happened to the findings of the COIs which provided a list of more than 2000 persons against whom they found credible evidence of their responsibility for some of the disappearances. The relevant files were passed on by the President's Office to the then Missing Persons Unit of the Attorney General's Department and to the Disappearances Investigation Unit of the CID. What happened to those cases is history.** What is there to prevent the same happening to any cases the OMP may forward to the prosecuting authority?*

*Besides this provision is negated by Section 13 (2) of the OMP which, as stated earlier, says that 'the findings of the OMP shall not give rise to any criminal or civil liability'. That being so, **what would be the purpose of such cases where there is evidence of the person responsible being made available, to the prosecuting authority?** Does not Section 13 (2) confirm the assurance given to the military by those in the Government that no one need fear the OMP finding evidence of anyone's involvement in causing a disappearance? What will be the feeling of the complainants of disappearances or missing persons when they eventually realize the consequences of Sections 12 (i) and 13 (2) of the Act? By attempting to protect some of the miscreants in the Police and the Security forces the reputation of these institutions will continue to remain tarnished.*

*Section 12 of the Act speaks of the **investigative powers of the OMPs. Past COIs had almost the same powers. Investigation units headed by a senior retired Superintendents of Police with a handpicked team of Police Officers assisted the COIs in their investigations and perused Police Information books at Police Stations. In some instances they found names of the 'disappeared' marked in the Diet Registers but absent in the corresponding entries of persons detained. They also looked into the entries in the running charts of police vehicles and found some of them had mentioned that a team of police officers had visited particular villages at precisely the very same time that 'disappearances' occurred. This fact was denied by the Police***

*when relations made inquiries about the person taken. Such was the amount of effort that the investigation teams of the COIs put into the complaints to trace what happened the missing persons. **In spite of all this, no action was taken against the alleged perpetrators on the basis of the Reports of the COIs. The investigation reports keep gathering dust. And those who complained to the said COIs keep expressing dismay at this fate. What is there to prevent the same thing happening to such reports by the OMP based on information obtained by its investigation unit?***

Section 12 (d) gives new powers to exhume suspected grave sites availing of a judicial order. Such a power was not given to the COIs. Hence they could only mention in their reports about the many mass graves about which witnesses had spoken but could not probe further into them. Henceforth, it would be possible for OMP to do so. The remains of many who have disappeared may be discovered in the graves the OMP may exhume. After forensic examination of the remains, the cause of death may be found and the person concerned may even be identified. Let us hope sufficient funds would be made available for this purpose as there is a possibility of a large number of recent mass graves having to be exhumed. That may include the mass graves mentioned to the COIs where a large number of youth who disappeared during the period of terror (beeshanasamaya)_ in the late 1980s and early 1990s could be found.

*Section 12(f) **authorises an officer of the OMP to enter any place of detention without a warrant to look for a missing or disappeared person. This is a power already in the hands of the Human Rights Commission (HRC) which has the power to visit any place of detention. The question is, has that power been actually used?** Would the OMP make a difference in this case? Section 10(e) provides for data on missing persons to be collated. The writer was involved with the establishment and management of a Disappearances Data Base by the pre2005 HRC. That effort was aborted midway with the change of the Membership of the NHRC. Let us hope that this work would continue under the OMP.*

*Section 13 (k) of the Act expects the **OMP to make recommendations to prevent future disappearances. This is a ludicrous provision as, well considered recommendations in this regard made by the eminent members of the four COIs appointed by President Chandrika have been rudely ignored by successive governments which appear to have been not so keen to end this scourge of disappearances of persons in the country.** Perhaps the current government could take those recommendations into consideration now, if they are keen to prevent such incidents in the future. Though it is stated that the monies would be provided for the OMP from the Consolidated Fund, the experience of the COIs show that the **financial independence of the OMP would be limited as it has to be subservient to the powers of the Secretary to the President who is the Chief Accounting Officer of the Consolidated Fund.** This could have been obviated if the Parliament was authorised by the Act to make direct allocation of funds to the OMP as they do to the Bribery Commission and the Commissioner of Elections.*

A recent communique issued by the Affected Families Forum of Missing Persons appearing in The Nation of 3rd September, 2016 under the caption 'Government Shuns Missing Persons Families', has listed a whole heap of changes that they

think are needed to the OMP. It is doubtful if any of these and the other shortcomings pointed out, would be rectified. Consequently the Office of Missing Persons would end up as another flawed attempt to deal with the issues of disappeared and/or missing persons in Sri Lanka.» Quelle: Asian Human Rights Commission, Sri Lanka, The OMP – A Flawed Attempt to Deal with Complaints of Disappearances and/or Missing Persons in Sri Lanka, 19. September 2016: www.human-rights.asia/news/forwarded-news/AHRC-FAT-033-2016.

Sri Lanka Brief, 10. September 2016:

«The Bill to set up the Office on the Missing Persons (OMP) was passed on 11 August 2016. In regards to this Bill, the Human Rights Commission of Sri Lanka (HRCSL) expressed concern over the lack of public consultation prior to its enactment and many of the written submissions to the CTF voiced disappointment and concern about the lack of transparency and consultation in the drafting of the OMP Bill. Furthermore, the HRCSL urged the GoSL to: create public awareness regarding the OMP; ensure accessibility, diversity, gender-sensitivity, and competency of the staff; provide psycho-social support to violence survivors; ensure transparency; and establish an internal mechanism to address grievances flowing from the shortcomings in the functioning of the Office. Almost all war-affected persons to whom the Sri Lanka Brief team spoke in August 2016 emphasized the need for full-pledged offices of the OMP in war-affected areas.» Quelle: Sri Lanka Brief, Sri Lanka Briefing Notes, Issue No 12, 10. September 2016, S. 4: <http://srilankabrief.org/wp-content/uploads/2016/09/Sri-Lanka-Briefing-Note-No-12-Sep-2016.pdf>.

INFORM, August 2016:

«Despite a commitment to consult people about the proposed transitional justice mechanisms, the draft Bill for the OMP, the first of four transitional justice mechanisms initiated by the Government, was drafted in secret, even before formal public consultations began. Just before the draft bill was approved by Cabinet, there was a hastily convened briefing for few activists, followed by another slightly broader briefing, both in Colombo.

The Bill was passed on 11th August with some amendments to the draft Bill. There was no substantial debate on the Bill, with the former President Rajapakse's allies criticising it and the Government limiting itself to defending it. Neither the amendments nor the final version of the Bill, as enacted, are available at the time of writing this article. (...)

But there were numerous areas where the OMP Bill needed improvement. The draft did not give the OMP prosecutorial authority and this may hamper the possibility to offer plea bargains, immunity in exceptional circumstances, and other forms of incentives to elicit information. Considerations such as gender and ethnicity were not specified. Families were not guaranteed involvement at any level in the OMP's structures. There was no requirement for the appointing authorities to give time and opportunities to families of the disappeared and others to comment on nominees or make nominations for the seven Members (the highest positions in the OMP). The regularity to provide information to families was not specified and it was not

obligatory to provide maximum information to families. There was no process set out for the OMP to take into account existing information and evidence before requiring families to give evidence again.

The right to pursue justice was compromised by the OMP not having prosecutorial authority and being given the discretion to share information with the external investigative and prosecutorial bodies where offences are involved. There was no provision to ensure that tracing investigations would be done in tandem with criminal investigations or that the OMP would ensure information and evidence discovered would be treated with best international criminal investigation standards, to enable them to be admissible during any subsequent prosecutions. Also, if enforced disappearance is not made a crime in Sri Lanka prior to the OMP beginning to operate, there will likely be barriers to holding perpetrators responsible for the crime of 'enforced disappearance' (and instead being limited to lower level crimes).

Slow judicial processes

While there were regular hearings at the Magistrate Courts on the case of the disappeared Sinhalese journalist Prageeth Ekneligoda, **there were no indictments against any of the suspects arrested. Further, there did not appear to be even minimal progress on many other cases, including well known cases of Tamils such as the journalist Ramachandran Subramaniam, Catholic Priest Fr. Jim Brown, and human rights activist Stephen Suntharaj. Habeas corpus cases in relation to those who were alleged to have surrendered in front of eyewitnesses to the Army and then disappeared on the last day of the war dragged on, with the Army refusing to provide a proper list of those who had surrendered, despite repeated requests by Courts.**

Continuing abductions

Alarmingly, cases of abductions continue to be reported, with at least 10 cases reported between 30th March and 30th June this year. At least two of those who disappeared have not returned, despite complaints to the Police and Human Rights Commission. Some have been reported to have been found in Police or remand custody after being abducted. In order to make the OMP effective, the Government should criminalise enforced disappearances and ensure that the discretion and ambiguity in the OMP Act is used in favour of families of the disappeared. But even as the OMP starts its operations, habeas corpus cases and other cases related to disappearances pending for long years in the courts could be expedited. And unless there is a full stop to continuing disappearances and abductions, some of the steps the Government has taken to address past disappearances may not have much credibility.» Quelle: INFORM Human Rights Documentation Centre, Human Rights Situation in Sri Lanka, Aug 2015 to Aug 2016, August 2016: S. 46-48: <https://ihrdc.files.wordpress.com/2016/08/human-rights-in-sl-one-year-after-parliamentary-elections-inform-18aug2016.pdf>.

HRC, 8. Juli 2016:

«47. The Working Group received extensive and consistent information indicating that fear discouraged relatives from filing complaints in relation to enforced disappearances. The Working Group also received innumerable testimonies from families expressing their strong mistrust in the administration of justice in Sri Lanka, including the courts, the investigative bodies and the Attorney General's Department. Several sources expressed serious concern about the lack of independence of the Attorney General's Department and its approach to prosecution for disappearances that occurred in the past. Finally, sources reported that there were significant impartiality and conflict of interest issues in the light of the fact that the Attorney General's Department both prosecutes State actors suspected of disappearance-related crimes and defends the same State actors in legal proceedings such as in relation to habeas corpus writs.

48. According to several sources, the authorities — in particular the prosecution services — try to discredit disappeared persons by claiming that they have been involved with LTTE, without properly substantiating these allegations. **In several cases, the relatives of the victims of enforced disappearance have been subjected to intimidation, threats and reprisals because they insisted that a proper investigation be carried out. The Working Group observed severe problems relating to investigations into enforced disappearances, including omissions, delays and lack of due diligence. Many authorities, both civil and military, allegedly refuse to work or cooperate with the investigating authorities. (...)**

53. **The Working Group is extremely concerned that relatives of disappeared persons and organizations have been harassed and intimidated in different ways owing to their involvement in the investigation of cases of enforced disappearance. The Working Group was informed that relatives of the disappeared have received several visits from intelligence officers, police officers or army personnel and have been questioned about their activities and the meetings they attend. Most of the allegations pointed directly to officers of the Criminal Investigation Department. Civil society organizations supporting the relatives of the disappeared in their search for truth and justice have also been subjected to open threats and intimidation or pressure to discontinue their quest. The Working Group also heard allegations that some of the people with whom it had met had been questioned about its visit. In a democratic society, such harassment and control are absolutely impermissible and constitute an additional human rights violation. Such behaviour may even be considered as an attempt to cover up the disappearances and should be severely sanctioned. The Working Group urges the Government to call for these types of activities to cease immediately and that the highest authorities make a clear statement affirming the legitimacy of the activities of relatives and their associations to search for truth and on the State's obligation to protect and ensure the right of relatives of the disappeared to seek truth, justice, reparation and guarantees of non-repetition, in accordance with article 13 (3) and (5) of the Declaration.**

54. **In some cases, police or intelligence officers have visited relatives of disappeared persons to genuinely inquire about the case concerning their loved ones. However, many times they ask the same basic questions that the relatives have already answered several times. In that respect, the Working Group is concerned**

about the retraumatization effect of such repetitive inquiries and that those responsible for the investigations seem to be relying on the information provided by relatives rather than assuming the investigations as a State obligation.

55. The Working Group is extremely concerned about detailed allegations that Criminal Investigation Department personnel have engaged in sexual harassment and violence against mothers or wives of disappeared persons, including in exchange for providing information on their relatives' cases. This should cease immediately and those responsible should be severely punished. The Working Group is also concerned at consistent allegations that, in many instances, relatives are asked by unidentified individuals for money in exchange for bringing back loved ones, which almost never happens.

56. The Working Group received extensive information on the application of the writ of habeas corpus in Sri Lanka and notes that habeas corpus has not been as effective as it could be. In the few cases that habeas corpus proceedings have moved forward, the writs took an unreasonably long period of time, which undermined their effectiveness. The first hours or days following a disappearance are essential to the protection of the victim and the potential success of the habeas corpus. It is of particular concern to the Working Group that magistrates appear to act in a very passive manner in most habeas corpus proceedings, limiting themselves to requesting written information.»
Quelle: UN Human Rights Council (HRC), Report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances on its mission to Sri Lanka, A/HRC/33/51/Add.2, 8. Juli 2016, S. 11, 13:

http://ap.ohchr.org/documents/dpage_e.aspx?si=A/HRC/33/51/Add.2.

ICG, 18. Mai 2016:

«The past year has seen no concrete progress in resolving thousands of enforced disappearance cases, though many processes to address their legacy appear underway. A presidential commission of inquiry has yet to locate or clarify the fate of a single missing person out of more than 20,000 cases presented to it – virtually all Tamil and most taken on suspicion of LTTE involvement. Investigations into a small portion of these are said to be underway, but no one has been arrested. Families of disappeared relatives report that the police and military generally continue to see them as enemies. Given that credible investigations will inevitably implicate serving police and military and their institutions as a whole, it will require strong, sustained political will for any truth and justice to be found.» Quelle: International Crisis Group (ICG), Jumpstarting the Reform Process, 18. Mai 2016, S. 16:

www.ecoi.net/file_upload/1002_1464083543_278-sri-lanka-jumpstarting-the-reform-process.pdf.